

# Amts- und Anzeigebblatt

für den

**Erscheint**  
wöchentlich drei Mal und  
zwar Dienstag, Donner-  
stag und Sonnabend. In-  
sertionspreis: die kleinste  
Zeile 10 Pf.

**Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock**  
und dessen Umgebung.

**Abonnement**  
viertelj. 1 M. 20 Pf. (incl.  
Illustr. Unterhaltbl.) in der  
Expedition, bei unsern Bo-  
ten, sowie bei allen Reichs-  
Postanstalten.

Verantwortlicher Redacteur: E. Hannebohn in Eibenstock.

37. Jahrgang.

**N. 13.**

**Donnerstag, den 30. Januar**

**1890.**

## Verordnung

an die Stadträthe, Bürgermeister und Gemeindevorstände.

Behufs Aufnahme einer Inventur bei der Altersrentenbank sind Erörterungen über den Lebensbestand der Rentenanwärter erforderlich und es wird sich deshalb die Altersrentenbankverwaltung in gleicher Weise, wie dies bereits in den Jahren 1882 und 1886 geschehen, wiederum an die betreffenden Gemeindebehörden mit dem Ersuchen um Ertheilung der nöthigen Auskunft wenden.

Auf Antrag des Finanzministeriums ergeht an die Stadträthe, Bürgermeister und Gemeindevorstände Anweisung, den bezüglichen Anträgen der Altersrentenbankverwaltung Folge zu geben, ohne dafür Kosten zu berechnen.

Die Antwortschreiben an die Altersrentenbankverwaltung sind zwar unfrankirt, jedoch mit der Bezeichnung als portopflichtige Dienstsache abzusenden.

Dresden, am 25. Januar 1890.

**Ministerium des Innern.**

v. Rostk-Wallwitz.

Paulig.

## Zwangsversteigerung.

Das im Grundbuche auf den Namen **Carl Wilhelm Wimmer**, Schneidermeister in **Eibenstock**, eingetragene Grundstück, Wohnhaus mit Hintergebäude, Nr. 408 des Brand-Cat., Nr. 263 des Flurbuchs Abth. A nebst dem Garten Nr. 343c desselben Flurbuchs und dem Flurstück Nr. 1257 des Flurbuchs Abth. B, eingetragen auf Folium 398 des Grundbuchs für Eibenstock, geschätzt auf 16208 Mark, soll an hiesiger Gerichtsstelle zwangsweise versteigert werden und ist

**der 1. März 1890, Vormittags 10 Uhr**  
als Anmeldetermin,

ferner

**der 18. März 1890, Vormittags 10 Uhr**  
als Versteigerungstermin,

sowie

**der 28. März 1890, Vormittags 11 Uhr**

als Termin zur **Verkundung des Vertheilungsplans** anberaumt worden.

Die Realberechtigten werden aufgefordert, die auf dem Grundstücke lastenden Rückstände an wiederkehrenden Leistungen, sowie Kostenforderungen spätestens im Anmeldetermin anzumelden.

Eine Uebersicht der auf dem Grundstücke lastenden Ansprüche und ihres Rangverhältnisses kann nach dem Anmeldetermine in der Gerichtsschreiberei des unterzeichneten Amtsgerichts eingesehen werden.

Eibenstock, am 23. Januar 1890.

**Königliches Amtsgericht.**

Befehle.

Grubbe, G.-S.

## Bekanntmachung.

Der 1. Termin **Grundsteuer** für 1890 ist bis spätestens zum 10. Februar d. J., die **Ortschankgewerbesteuer** für 1. Halbjahr und die **Gunde-Steuer** für 1890 sind bis spätestens zum 31. dieses Monats in hiesiger Stadt-lasse bei Vermeidung der zwangsweisen Einziehung zu entrichten.

Eibenstock, am 17. Januar 1890.

**Der Stadtrath.**

Böcher, Bürgermeister.

Bg.

## Zu den Reichstagswahlen.

Das Central-Wahlcomité der nationalliberalen Partei erläßt nachstehenden Wahlauftrag:

Deutsche Wähler! Der Tag naht heran, an welchem das deutsche Volk wiederum die Entscheidung treffen soll, welchen Parteien und welchen Männern die Vertretung der höchsten Interessen des Vaterlandes anzuvertrauen ist.

In den Wahlen des Jahres 1887 bekundete die Mehrheit der Wähler den festen Willen, den Frieden im Innern aufrecht zu erhalten, unnöthige Konflikte mit der Reichsregierung zu verhüten, die für die Sicherung des Friedens nach außen, wie für die Unabhängigkeit, Ehre und Machtstellung des Reiches unerlässlichen Mittel zu bewilligen und auf dieser gesicherten Grundlage unter voller Aufrechterhaltung aller bestehenden freiheitlichen Einrichtungen und Volksrechte eine Politik fortschreitender sozialer Reformen durchzuführen. Der damals gewählte Reichstag hat diesen Auftrag getreulich erfüllt. Der von seinem Vorgänger ohne alle Noth heraufbeschworene, in der gespannten Lage Europas, deren ganze Gefahr inzwischen allgemein bekannt gewordene Thatsachen erst völlig klargestellt haben, doppelt verhängnisvolle Militärkonflikt wurde verhütet, die Wehrkraft des Reiches zu Lande und zu Wasser entsprechend den vermehrten Rüstungen unserer Nachbarn befestigt und erhöht.

Durch die Reform der Zucker- und der Branntweinbesteuerung wurden die hierfür sowie für andere dringliche Aufgaben des Reiches in absehbarer Zeit erforderlichen Mittel gewonnen und die Einzelstaaten von dem sonst in das Uebermaß wachsenden Drucke der Umlagen für Reichszwecke befreit.

Nicht minder fruchtbar war die Thätigkeit des Reichstages auf dem Gebiete wirtschaftlicher und sozialer Reformen. Wir brauchen nur hinzuweisen auf die Verabschiedung des Genossenschaftsgesetzes, auf die Ausdehnung der Wohlthaten der Unfallversicherung auf weitere große Berufskreise, endlich auf das hochbedeutende grundlegende Gesetz, welches zum erstenmal in der Geschichte mehr als 11 Millionen Arbeiter für den Fall der Invalidität und des Alters feste Lebensrenten sichert.

Alle schon bei den letzten Wahlen von den Gegnern ausgestreuten Befürchtungen wegen angeblich drohender Verkürzung der Volksrechte, namentlich des Wahlrechts oder der beabsichtigten Einführung von Monopolen, sind dagegen zu Schanden geworden und werden in Zukunft keinen Glauben mehr finden.

Die aus dem Reichstage selbst beantragte Verlängerung der Wahlperiode auf 5 Jahre entspricht dem bei fast allen, auch den freiesten Völkern bestehenden Brauche, wird den parlamentarischen Einfluß verstärken, die planmäßige Erledigung der Geschäfte erleichtern und in einem Lande mit so vielen politischen und anderen Wahlen als eine Wohlthat im Interesse des inneren Friedens empfunden werden.

Die freiheitlichen Einrichtungen könnten nur dann in Gefahr kommen, wenn die gemäßigten Auffassungen von bürgerlicher Freiheit, deren Ausdruck sie sind, und deren entschiedene Vertreter wir seit Jahrzehnten waren, ihre Geltung im Volke verlore. Sie sind heute von Niemand bedroht.

Wahrhaft bedroht aber und gefährdet ist die jetzige, stetig fortschreitende Entwicklung Deutschlands durch den Ansturm der verbündeten Gegner. Diesen Ansturm zurückzuweisen ist heute wie vor drei Jahren die gemeinsame Aufgabe aller Parteien, welche, gleichviel ob von liberalen oder konservativen Grundanschauungen bestimmt, davon durchdrungen sind, daß in der Gegenwart ein einmütiges Zusammenwirken einer staatsverhaltenden Mehrheit mit einer starken, gerechten und wohlwollenden Regierung doppelt notwendig ist. Auf diesem Wege allein ist das deutsche Reich begründet, trotz aller Schwierigkeiten ausgebaut und zu seiner heutigen Machtstellung und Blüthe gelangt. Mögen die deutschen Wähler dies wohl beherzigen und sich nicht verwirren lassen durch die Lockrufe oder die Schreckgespenster, welche von einer Vereinigung von Gegnern ausgehen, die unter sich gespalten, nur verneinen, nichts gemeinsames schaffen könnten und das deutsche Staatsschiff bald wieder auf Klippen und Sandbänke führen würden.

Dem nächsten Reichstage sind große gewaltige Aufgaben gestellt.

Er soll vor allem die Einheit des Rechts durch die Schaffung eines den heutigen Rechtsanschauungen entsprechenden bürgerlichen Gesetzbuchs in deutscher Sprache vollenden. Er soll das Werk der sozialen Reform, das der treuen Fürsorge des kaiserlichen Enkels übergebene Vermächtniß des großen Gründers des deutschen Reiches, seines ersten Kaisers, ausbauen, unter weiser Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit von Landwirtschaft, Industrie und Gewerbe, insbesondere im Wettbewerbe mit dem Auslande. Die Bestrebungen zur Erweiterung und Durchführung eines angemessenen Schutzes der Arbeiter, wie solche von dem gesammten Reichstage wiederholt gutgeheißen wurden, sind zum Abschluß zu bringen.

Wie bisher erachten wir es für unsere Pflicht, den Staat und die Rechtsordnung gegen die Umsturzbestrebungen der Sozialdemokratie zu schützen und die dazu wirklich unerlässlichen Machtmittel den Regierungen zu gewähren.

In der auswärtigen Politik werden wir auch fernerhin der bewährten Leitung unseres Reichskanzlers folgen. Ihr verdanken wir vor allem die Erhaltung des Friedens und als seine feste Bürgschaft den innigen Freundschaftsbund mit den Nachbarreichen Oesterreich-Ungarn und Italien.

Nachdem die geeinigte deutsche Nation gleich allen großen Völkern in Vergangenheit und Gegenwart, die ersten Schritte auf dem Gebiete überseeischer Kolonisation zur Erweiterung und Sicherung ihrer Erwerbsthätigkeit gethan hat, werden wir die vorsichtige, hierauf gerichtete Politik des Reiches auch weiter unterstützen, nicht minder die Theilnahme Deutschlands an den europäischen Bestrebungen zur Verbreitung christlicher Kultur in Afrika und zur Unterdrückung des Sklavenhandels, befördern.

Die großen außerordentlichen Bewilligungen für die bessere Ausrüstung unseres Heeres haben im wesentlichen ihren Abschluß gefunden. Es ist somit an der Zeit, das Finanzwesen des Reiches namentlich durch Einführung einer regelmäßigen Schuldentilgung besser zu ordnen und daneben auf eine Erhöhung der Gehalte der unteren und mittleren Reichsbeamten Bedacht zu nehmen. Im übrigen ist die Reform der direkten Staats- und Kommunalsteuern behufs gerechterer Heranziehung der großen Einkommen und entsprechender Entlastung der Minderbegüterten in Stadt und Land, die Aufgabe der Einzelstaaten.

Diese und andere Reformen sind nur erreichbar mit einem Reichstage, dessen Mehrheit, fern von allen persönlichen Gegensätzen und grundsätzlicher Opposition, unbefangenen und unabhängig die Vorlagen der Reichsregierungen prüft und lediglich nach sachlichen Rücksichten entscheidet.

Für die Wahl einer solchen Mehrheit einzutreten, ist heute mehr als jemals die Pflicht aller Vaterlandsfreunde. Nicht im Interesse der Partei, für das Vaterland rufen wir unsre Freunde auf, daß ein jeder seine Schuldigkeit thue. Es ist Eure, es ist die Sache des deutschen Reiches, um welche es sich handelt. Vereint Euch, bezeichnet den Mann Eures Vertrauens im Vereine mit den uns nahe stehenden Parteien, wirkt belehrend durch Wort und Schrift. Lasset Euch leiten durch die großen vaterländischen